

Koalitionskrise: Droht die Rückkehr zu einer Expertenregierung?

Intensive Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP am 11. Februar 2025: Risiken von Scheitern und mögliche Expertenregierung im Fokus.

Österreich - In den letzten Tagen intensivierte sich das Tauziehen zwischen der FPÖ und der ÖVP über eine mögliche Regierungskoalition. Trotz engagierter Verhandlungen bleibt die Gefahr eines Scheiterns bestehen. Wird keine Einigung erzielt, könnte eine Expertenregierung als Übergangslösung bis zu Neuwahlen entstehen. Wie die „**Krone**“ berichtet, sind bereits mehrere prominente Persönlichkeiten für solch ein Kabinett im Gespräch. Darunter die bekannte SPÖ-Politikerin Brigitte Ederer sowie Othmar Karas, ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments, der als potenzieller Außenminister gehandelt wird. Diese Entwicklungen werfen Fragen auf über die Richtung, die die österreichische Politik in Zukunft nehmen könnte.

Die Forderung nach einer Expertenregierung

Parallel dazu äußerte sich Sahra Wagenknecht, die neue Parteigründerin, zu diesem Thema. Sie plädiert für eine „Expertenregierung“, die im Rahmen der Bundestagswahl gebildet werden soll. In einem Wahlkampfpapier kündigte sie an, dass ihr BSW (Bewegung für soziale Gerechtigkeit) eine Regierung ins Amt bringen wolle, die Deutschland in eine bessere Zukunft führt und der Gesellschaft zugutekommt. Wie **n-tv** berichtet, betont Wagenknecht, dass Integrität und

Fachkompetenz im Regierungspersonal der Schlüssel zu einer erfolgreichen Politik seien. Sie kritisiert, dass weder CDU-Chef Friedrich Merz noch der aktuelle Kanzler Olaf Scholz die Stimmen der Mehrheit haben, und fordert eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro.

Die politischen Entwicklungen in Österreich und Deutschland scheinen eine Welle des Wandels einzuleiten, in der Experten als die Lösungsbringer gesehen werden. Ob die FPÖ-ÖVP-Verhandlungen zur einer stabilen Regierung führen oder die Wahlkämpfer mit neuen Kräften in die Bresche springen, bleibt abzuwarten. Die nächsten Wochen könnten entscheidend für die politische Landschaft beider Länder werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.n-tv.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at